г	<u>Antrag</u>	
Bezirksregierung Arnsberg Kompetenzzentrum für Integration Dezernat 36 Seibertzstraße 1 59821 Arnsberg	auf Gewährung einer Zuwendung für di Tätigkeiten und Angebote von Kommur len Integrationszentren für die Verbess rung der Teilhabe und Integration vor C	na e-

Richtlinie für die Förderung Kommunaler Integrationszentren Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration und des Ministeriums für Schule und Bildung

1. Antragsteller

Kommune:	
Anschrift:	Straße:
	PLZ/Ort:
Anschrift des KI:	Straße:
	PLZ/Ort:
Auskunft erteilt:	Name: Tel. (Durchwahl):
	Telefax-Nr.:
	Email:
Bankverbindung:	IBAN:
	BIC:
	Bezeichnung des Kreditinstitutes:
	HHst./ Kassenzeichen, Vertragskonto:

2. Maßnahme

Tätigkeiten und Angebote von Kommunalen Integrationszentren für die Verbesserung der Teilhabe und Integration vor Ort durch nachstehende Fachkräfte gemäß Nrn. 2.1 i. V. m. 5.4.1.1 der RL

Nr.	Vor- und Zuname	Beschäftigt als (FK = Fachkraft, VA = Verwaltungsassistenzkraft)	im Zeitraum vom bis tätig	Stellenanteil im KI (v.H.) ¹	Besoldungs-/ Ent- geltgruppe und Stufe	Voraussichtliche Perso- nalausgaben ohne Ge- meinkosten entspr. des angegebenen Stellenan- teils und Beschäfti- gungszeitraums ²
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						
6.						
7.						
8.						
9.						
10.						
	Summe:	•				

Voraussichtliche Sachausgaben gemäß Nr. 5.4.1.2 der RL : €

¹ abhängig vom jeweiligen Vollzeitäquivalent. Der prozentuale Anteil, z.B. 75 v.H., der tatsächlichen Vollzeitstelle ist anzugeben.

² voraussichtliche Personalausgaben bezogen auf den angegebenen Beschäftigungszeitraum und Stellenanteil: Beamte = Bruttogehalt + max. 30% Versorgungszuschlag ohne Beihilfe, Angestellte/Beschäftigte = Bruttogehalt + Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers + Zusatzversorgung Rente (VBL) + Vermögenswirksame Leistungen + evtl. weitere (zu erläuternde) gesetzliche oder tarifvertragliche Verpflichtungen des Arbeitgebers.

Durchführungszeitraum v	on bis	(max. bis zu 1 Jahr)
Angabe über die organis	atorische Einordn	ung des Kommunalen Integrationszentrums:
wie bisher		
☐ neu ab/ seit wi	e folgt:	

3. Beantragte Zuwendung

Zu den unter Nr. 2 des Antrags dargestellten Personalausgaben der aufgeführten Fachkräfte
wird eine Zuweisung in Form einer Vollfinanzierung (100%ige Anteilfinanzierung)in Höhe von
insgesamt
Euro beantragt.
Zu den unter der Nr. 2 des Antrags angegebenen Sachausgaben wird eine Zuweisung in
Form einer Vollfinanzierung in Höhe von insgesamt Euro beantragt. ³

4. Erklärungen

Die Antragstellerin/ Der Antragsteller erklärt, dass

- 4.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. 4
- 4.2 die Steuerung des Projektes und die Verantwortung für das Projektergebnis in der Hand der kreisfreien Stadt/des Kreises liegt,
- 4.3 ein durch den Rat der Stadt bzw. durch den Kreistag in Abstimmung mit den kreisangehörigen Gemeinden beschlossenes Integrationskonzept vorliegt,
- 4.4 mit den zur Verfügung gestellten Landesmitteln die kommunale Integrationsarbeit verbessert wird,
- 4.5 die im Antrag beantragten Mittel für Sachausgaben entsprechend der o.g. Richtlinie verwendet werden,
- 4.6 keine andere öffentliche Förderung beantragt wurde, keine Leistungen Dritter zu erwarten sind, keine alternativen Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten bestehen und sie/er die Zuwendungen übersteigenden Ausgaben aufbringen wird/die Gesamtfinanzierung gesichert ist,
- 4.7 bei der Förderung gem. der RL

- geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden;
- die Verwaltungsausgaben einschl. der Reisekosten sowie die Ausgaben für Lehr-, Lern- und Projektmittel übernommen werden;
- sie/er an dem durch das von den zuständigen Ministerien vorgegebene Verfahren Fachdatenerhebung NRW und ggf. wissenschaftlichen Begleituntersuchungen mitwirkt;
- das von ihr/ihm betriebene Kommunale Integrationszentrum am Erfahrungstransfer und an überregionalen Aktivitäten der landesweiten Koordinierungsstelle und des Verbundes teilnimmt.
- 4.8 die Angaben in diesem Antrag (einschl. der Antragsanlagen) vollständig und richtig sind.

(Name, Funktion)

ggf. Kämmereistellungnahme/ Erklärung der Kämmerei

³ Gilt nicht für Fortführungsmaßnahmen.